



Wie geht es weiter mit den Ludwigshafener Einweisungsgebieten? Die Unterkünfte in der Kropsburgstraße (Bild) könnten langfristig abgerissen werden.

BILD: KEIPER

Notunterkünfte: Aktionsbündnis fordert Abschaffung der Einweisungsgebiete / Stadt verweist auf laufenden Entwicklungsprozess

„Nicht menschenwürdig“

Von Julian Eistetter

Ludwigshafen. Kriminalität, Verwahrlosung, Schimmel an den Wänden – die Einweisungsgebiete für wohnungslose Menschen in Ludwigshafen stehen massiv in der Kritik. Die Lebensumstände für die Bewohner in der Kropsburg- und der Bayreuther Straße seien untragbar, heißt es regelmäßig. An der Situation müsse sich schnellstens etwas ändern. In einem Forderungskatalog an Verwaltung und Stadtratsfraktionen hat nun das Aktionsbündnis Wohnen Ludwigshafen, ein Zusammenschluss sozialer Einrichtungen, die Abschaffung der Einweisungsgebiete ins Spiel gebracht.

„Wir als diejenigen, die mit den Betroffenen arbeiten, haben es einfach nicht mehr ausgehalten“, begründet Monika Oberfrank, Sozialberaterin beim Caritas-Zentrum, den Vorstoß. „Die Menschen haben seit Jahren die gleichen Probleme, und für Betroffene ist noch keine Veränderung zu sehen“, sagt sie. Viele der Räume in der Kropsburg- und Bayreuther Straße hätten keine Heizung, Sanitäranlagen seien nach 16 Uhr und am Wochenende zu und es schimmle gesundheitsgefährdend in vielen Unterkünften. „Daneben werden Menschen, die sich nicht kennen und nicht zueinander passen, beliebig in einem Zimmer miteinander untergebracht“, sagt Oberfrank. Es gebe keine Möglichkeit, Wertsachen sicher wegzuschließen, keine Privatsphäre. „Es ist ein stigmatisierendes Umfeld, in

dem Menschen sich selbst überlassen werden.“ Dies löse Ängste aus, manche Wohnungslose würden ein Leben auf der Straße vorziehen.

Das Aktionsbündnis spricht sich deshalb dafür aus, Kropsburg- und Bayreuther Straße zu Wohnquartieren zu entwickeln. Die Bestandsgebäude sollten abgerissen oder saniert werden. Gefordert werde die Schaffung von Wohnungen, die den Standards des sozialen Wohnungsbaus entsprechen, heißt es in dem Brief. Die Betroffenen sollten künftig Mietverträge abschließen und keine Einweisungsverfügungen mehr erhalten. „Zwangswohngemeinschaften“ müssten abgeschafft werden, Alleinstehende seien in Einzelapartements unterzubringen. „Die aktuelle Situation ist nicht menschenwürdig, deshalb brauchen wir dringend Veränderungen. Neue Konzepte in den Einweisungsgebieten müssen unter Beteiligung der dort wohnenden Menschen erarbeitet werden. Diese müssen in dem Prozess eine Stimme haben – und zwar ihre eigene“, sagt Oberfrank.

Prüfantrag von SPD und CDU

Die Stadt teilt auf Anfrage mit, dass die Zukunft der Einweisungsgebiete seit einem Antrag von SPD und CDU im Stadtrat im Jahr 2017 untersucht werde. „Das betrifft sowohl bauliche als auch konzeptionelle Aspekte der Unterbringung wohnungsloser Menschen“, sagt eine Sprecherin. Dass die Einweisungsgebiete vollständig abgeschafft werden, ist jedoch unwahrscheinlich. Denn die

Aktionsbündnis

■ In den Einweisungsgebieten in der Bayreuther- und der Kropsburgstraße waren zum 30. November 2019 insgesamt **501 Menschen** untergebracht.

■ Für bessere Verhältnisse setzt sich unter anderem das **Aktionsbündnis Wohnen Ludwigshafen** ein.

■ Zu dem **Netzwerk** gehören: AK Asyl Oggersheim, Arbeitskreis kritische Soziale Arbeit, Attac, DGB Region Vorder- und Südpfalz, Café Asyl, **Caritas-Zentrum**, Caritas-Förderzentrum St. Martin, Evangelische Kirche, Hochschule, Krankenhaus zum „Guten Hirten“, **Mieterverein**, pro familia Beratungsstelle, Ökumenische Fördergemeinschaft, Initiative Respekt: Menschen!, Treff Global und Treff International.

Verwaltung schreibt: „Wohnungslosigkeit oder drohende Wohnungslosigkeit sind Lebenssituationen, in denen die Stadt nach den Vorschriften des Ordnungsrechts verpflichtet ist, im Sinne ihrer Bürger schnellstmöglich zu reagieren.“ Dies geschehe über Einweisungsverfügungen, die zum Schutz vor Wohnungslosigkeit ausgesprochen würden. „Um dieser Schutzverpflichtung nachkommen zu können, braucht eine Stadt ein gewisses Kontingent an Einweisungswohnraum.“

Dabei sei nicht ausgeschlossen, dass sogar noch mehr Einweisungswohnraum geschaffen werde. „Ten-

denziell werden künftig mehr Einweisungsplätze benötigt, aufgrund steigender Zahlen bei Räumungsklagen, Familiennachzug von Flüchtlingen und Zuzug aus dem Ausland“, sagt die Sprecherin. Allein die Zahl der Räumungsklagen sei von 168 im November 2018 auf 265 im November 2019 gestiegen.

Haushaltsdefizit bremst aus

Erste Zwischenberichte der Untersuchung hat die Stadt bereits vorgestellt. Ende September 2019 erklärte Sozialdezernentin Beate Steeg (SPD), dass das Gebäudemanagement verschiedene Entwicklungsvarianten durchkalkuliert habe. Ergebnis: Wegen der besseren Bausubstanz wird empfohlen, das Gebiet in der Bayreuther Straße nach und nach zu sanieren – mit Zentralheizung, Bädern in den Wohnungen und Wärmedämmung. Das Einweisungsgebiet in der Kropsburgstraße soll dagegen zurückgebaut werden. Mit einer baldigen Umsetzung ist jedoch nicht zu rechnen. „Aufgrund des enormen Haushaltsdefizits sowie der Arbeitsverdichtung im Gebäudemanagement können bauliche Veränderungen nur über einen längeren Zeitraum hinweg realisiert werden“, sagt die Sprecherin.

Das Aktionsbündnis wertet den Prüfantrag von SPD und CDU zumindest als einen Teilerfolg, der durch die „beharrliche Arbeit vor Ort“ ermöglicht worden sei, sagt Monika Oberfrank. „Wir haben die Hoffnung nicht aufgegeben, dass etwas passiert, und führen das weiter.“